

Obligatorische Gemeinschaftsküchen.

Die Wiener Wochenschrift „Der Friede“ tritt für die Errichtung von Zwangsgemeinschaftsküchen ein; wir veröffentlichen diesen Aufsatz, ohne mit den darin gemachten Vorschlägen in allem einverstanden zu sein, als ein bemerkenswertes Zeichen der gegenwärtig nach Geltung ringenden Strömungen.

Noch einmal, in der zwölften Stunde noch einmal, soll hier gesagt werden, daß in dieser furchtbaren Krise unseres Ernährungsdienstes nur noch ein Mittel den Zusammenbruch verhindern kann: die obligatorische Einrichtung der Gemeinschaftsküchen: die Zubereitung der Mahlzeiten in den privaten Haushaltungen ist zu verbieten, für die ganze Bevölkerung (nur die Kranken sind auszunehmen) ist die Nahrung in gemeinsamen Küchen herzustellen und jeder Person die gleiche Menge in gleicher Güte zuzumessen. Jede Küche sorgt (in Wien) für etwa 1500 Menschen und wird von den erwachsenen Teilnehmern nach den Vorschriften des Ernährungsamtes selbst verwaltet. Die Speisen können abgeholt oder, wo entsprechende Räume zur Verfügung stehen, an Ort und Stelle verzehrt werden. Keine zwangsweise Auflösung also der Häuslichkeit und der Familie. Aber rücksichtslose Durchführung des Grundsatzes, daß in dieser Zeit bitterer Not niemand, wer immer es auch sei, mehr, besser, anderes essen dürfe als seine Mitbürger.

Was kann gegen diesen Vorschlag gesagt werden? Und von wem?

In Wien gibt es einige tausend Familien, die ihr Nahrungsbedürfnis wirklich befriedigen. Wer für ein Kilogramm Mehl 15 K., für ein Kilogramm Schweinefett 60 K. zahlen kann, braucht keinen Mangel zu leiden. Diese Familien, und nur diese wehren sich gegen den Gedanken der Nahrungsgleichheit. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung wünscht nichts sehnlicher, als von dem aufreibenden Kampfe um die Lebensmittel befreit zu werden. Nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Armen. Man sehe sich doch einmal das Publikum an, das die Gemeinschaftsküchen besucht, die ihren Bestand privaten Initiativen verdanken.

Und was kann diese dünne Schicht von Menschen, die keine materielle Sorge bedrückt, gegen die obligatorische Einführung der Gemeinschaftsküchen vorbringen? Es würde für sie unbequem sein, nach dem amtlich verordneten Speisezettel zu leben. Sie würden spüren, daß wir im vierien Kriegsjahr leben, würden auf Gastereien und Schlemmereien verzichten müssen, würden — o Graus — aus demselben Kochtopf genährt werden wie Diener und Jose. Das wollen sie nicht. Sehr begreiflich. Aber sind das wirklich ernsthafte Bedenken, ehrliche Einwände? Wir sind keine Freunde der öden Gleichmacherei und wünschen durchaus nicht die Einführung bolschewistischer Methoden. Aber dieses ist wahrlich die Zeit nicht, da die Wünsche, die Launen, die Bedürfnisse der Wenigen sich den Lebensfragen der Gesamtheit entgegenstellen dürften. Wenn das Wohl der ganzen Bevölkerung es fordert, wird man die Unzufriedenheit der kleinen Zahl reicher Leute in den Kauf nehmen müssen.

Es gibt keinen ersten Einwand gegen die obligatorische Gemeinschaftsküche. Man sagt wohl: die Mengen, die von jenen paar tausend Familien über das hinaus verbraucht werden, was ihnen sonst zutommen würde, könnten keinen Ausschlag geben; auf die ganze Bevölkerung verteilt, würden sie nur für wenige Tage reichen. Aber darauf ist

zu sagen, daß auch wenn diese Mengen nur für einen einzigen Tag reichen würden, selbst dieser eine Tag von furchtbarer Bedeutung ist. So groß ist die Not, daß es schon sehr viel ausmacht, wenn wir auch nur für einen Tag mehr die notwendigsten Lebensmittel ausbringen können! Und wenn es gar gelänge, mit unseren Vorräten um eine ganze Woche länger auszukommen! Wer weiß denn mit Bestimmtheit zu sagen, wie groß die Mengen sind, die in den Speisekammern jener bevorzugten Familien aufgehäuft sind?

Daß die Organisation der Gemeinschaftsküchen besondere Schwierigkeiten bereiten könnte, wagt niemand zu behaupten. Gegenüber den organisatorischen Leistungen, die in diesem Krieg vollbracht worden sind, ist die Einrichtung der Gemeinschaftsküchen ein wahres Kinderpiel. Die Lokale — die bestehenden Gasthäuser — und die Arbeitskräfte sind vorhanden, die Lebensmittel werden leichter in 1000 oder 1200 Gemeinschaftsküchen gebracht als in hunderttausende Haushaltungen: wo sind denn die Schwierigkeiten, wenn man nur ernstlich will? Nur wollen muß man, nur wenigstens in zwölfter Stunde begreifen, daß es höhere Rücksichten gibt als die Bequemlichkeit der Satten.

Es ist nicht zu begreifen, warum die organisierte Arbeiterschaft nicht längst schon die obligatorische Gemeinschaftsküche verlangt und durchgesetzt hat. Die Regierung hätte nicht widerstehen können. Aber nachgerade wird es ebensovienig begreiflich, daß nicht die wohlhabenden und reichen Schichten der Bevölkerung selbst diese Forderung stellen, daß die Selbstsucht sie so blind dafür macht, daß schließlich noch andere Interessen auf dem Spiele stehen als ein vergleichsweise immerhin geringfügiges Opfer der eigenen Bequemlichkeit. Echte Menschlichkeit, wahrer Patriotismus — ach, davon wollen wir gar nicht erst reden. Aber Klugheit und Vorsicht sollten gebieten, um der eigenen Zukunft willen eine Zeitlang auf einen Vorteil zu verzichten, dessen Gebrauch zu dauerndem Verderben führen könnte. Es ist nicht möglich, das Elend der Massen zu beseitigen. Aber es ist möglich, es erträglicher zu machen. Die obligatorische Gemeinschaftsküche würde, wenn auch nur auf einem Gebiet, die Forderung der Opfergleichheit verwirklichen. Das wäre ihre wesentliche, wahrhaft unschätzbare Funktion. Die Gemeinschaftsküche als eine Forderung der Besitzenden: das wäre ein Programm vorschauender, vordauernder Klugheit.